

Sturzprävention im Hochbau: Übersicht über die rechtlich relevanten Vorgaben für die sturzrelevanten Bauteile

Kanton VS

1. Für alle Hochbauten Relevantes

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Allgemeine Sicherheitsvorschrift gemäss Baupolizeirecht (für alle Bauteile)	<p>Art. 28 Abs. 1 <u>Kantonales Baugesetz (BauG)</u>: Bauten und Anlagen müssen den anerkannten Regeln der Baukunde entsprechen. Sie müssen den Anforderungen an den Brandschutz sowie den gesundheits- und gewerbepolizeilichen Anforderungen entsprechen.</p> <p>Art. 28 Abs. 2 BauG: Bauten und Anlagen dürfen die Sicherheit und Gesundheit von Personen nicht gefährden und das Eigentum Dritter nicht beeinträchtigen.</p> <p>Art. 28 Abs. 3 BauG: Bauherren und ihre Auftragnehmer sind für die Einhaltung der Vorschriften und der anerkannten Regeln der Baukunde verantwortlich.</p> <p>Damit wird generell das Schutzziel «sichere Baute» postuliert.</p>	Technische Normen können wegen der benutzten Gesetzgebungstechnik (Generalklauselmethode) beachtet werden (Ermessensspielraum).	Für Norm-Lücken bzw. beim Fehlen von Normen können Empfehlungen von Fachorganisationen relevant werden.
Beleuchtung, Bodenbeläge und Sanitärräume insbesondere gemäss Gesundheitspolizeirecht	<p>Art. 28 Abs. 1 BauG: Bauten und Anlagen müssen den anerkannten Regeln der Baukunde entsprechen. Sie müssen den Anforderungen an den Brandschutz sowie den gesundheits- und gewerbepolizeilichen Anforderungen entsprechen.</p> <p>Art. 28 Abs. 2 BauG: Bauten und Anlagen dürfen die Sicherheit und Gesundheit von Personen nicht gefährden und das Eigentum Dritter nicht beeinträchtigen.</p>	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.

2. Zusätzlich Relevantes für Hochbauten, die hindernisfrei sein müssen

Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)	<ul style="list-style-type: none"> Art. 22 Abs. 1 <u>Kantonales Gesetz über die Eingliederung behinderter Menschen</u>: Die neuen öffentlichen und privaten der Öffentlichkeit zugänglichen Gebäude und Anlagen müssen so angelegt sein, dass sie für behinderte Menschen zugänglich und benützbar sind. Dies gilt namentlich für: kirchliche Bauten, Schulen, Spitäler, Heime, Theater, Museen, Kinos, Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen, Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Geschäfte, Verwaltungen, Banken, Versicherungen, Arzt- und Zahnarztpraxen, Apotheken, Coiffeursalons, Parkieranlagen und andere vergleichbare Gebäude und Anlagen sowie Verkehrswege und Verkehrseinrichtungen. Art. 22 Abs. 2 Kant. Gesetz über die Eingliederung behinderter Menschen: Die bestehenden öffentlichen und privaten der Öffentlichkeit zugänglichen Gebäude und Anlagen sind bei ihrer 	<p>Norm SN 521 500</p> <ul style="list-style-type: none"> Beleuchtung: SIA 500 (Kapitel 4 Orientierung und Beleuchtung) Bodenbeläge: SIA 500 (Anhang B.1 Eignung von Bodenbelägen, Begehbarkeit und Gleitsicherheit) 	Empfehlungen von Fachorganisationen können für Norm-Lücken relevant werden.
---	---	--	---

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)	<p>Erneuerung oder bei wesentlichen Umbauten so anzupassen, dass sie für behinderte Menschen zugänglich und benutzbar sind, sofern dadurch nicht offensichtlich unverhältnismässige Kosten entstehen.</p> <p>Art. 22 Abs. 3 Kant. Gesetz über die Eingliederung behinderter Menschen: Die neuen Mehrfamilienhäuser und die neuen Gebäude mit Arbeitsplätzen sind so zu erstellen, dass den Bedürfnissen der behinderten Menschen Rechnung getragen wird, sofern dadurch nicht offensichtlich unverhältnismässige Kosten entstehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Art. 22 Abs. 1 Kant. <u>Verordnung betreffend die Anwendung des Gesetzes über die Eingliederung behinderter Menschen</u>: Die von der Schweizerischen Zentralstelle für Baurationalisierung herausgegebene Norm (SN 521 500) ist anwendbar: <ul style="list-style-type: none"> a) Gebäudekategorie A: Artikel 22 Absätze 1 und 2 des Gesetzes; b) Gebäudekategorie B: Artikel 22 Absatz 3 des Gesetzes. <p>Art. 22 Abs. 2 Kant. Verordnung betreffend die Anwendung des Gesetzes über die Eingliederung behinderter Menschen: Bei Sonderbauten, die höheren Ansprüchen zu genügen haben, zum Beispiel Wohnungen für schwerbehinderte Personen, Heime für behinderte oder betagte Personen, Spitäler, müssen Vorschriften beachtet werden, die zum Teil über die Forderungen der Norm SN 521 500 hinausgehen.</p> <p>Art. 22 Abs. 3 Kant. Verordnung betreffend die Anwendung des Gesetzes über die Eingliederung behinderter Menschen: Das Beratungs- und Konsultationsorgan informiert die Gemeinwesen und die Privaten über die Massnahmen, die bezüglich des behindertengerechten Bauens zu treffen sind. Es bietet seine Hilfe an bei der Planung von Bauten und Umbauten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <u>Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG)</u> <u>Verordnung des Bundes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsverordnung, BehiV)</u> 	<ul style="list-style-type: none"> Treppen: SIA 500 (Kapitel 3.6.3. Erkennbarkeit und Markierung, Kapitel 3.6.4. Handläufe) Geländer / Brüstungen: SIA 500 (Kapitel 3.4.5. Abschränkungen) Sanitärräume: SIA 500 (Kapitel 10.2. Toiletten, Bäder, Duschen) 	

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
3. Zusätzlich Relevantes für bestimmte Nutzungsarten von Hochbauten			
Mit Mitteln der Wohnraumförderung erstellte altersgerechte Bauten	<ul style="list-style-type: none"> Insbesondere Art. 5 <u>Eidgenössisches Wohnraumförderungsgesetz (WFG)</u>: Bei der Förderung ist darauf zu achten, dass c. der Wohnraum und die unmittelbare Umgebung den Bedürfnissen von Familien, Kindern und Jugendlichen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen. <u>Merkblatt BWO Gestaltung von altersgerechten Wohnbauten vom Juli 2013</u> 	Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Das BWO-Merkblatt jedoch nimmt generell Bezug auf die Norm SIA 500 (Kap. 9 und 10) sowie für den Bauteil Beleuchtung auf die SN/EN 12464-1.	Empfehlungen von Fachorganisationen (z.B. die im BWO-Merkblatt explizit genannten Fachdokumentationen) können für Norm-Lücken relevant werden.
Alters- und Pflegeinstitutionen	<ul style="list-style-type: none"> Art. 87 Abs. 1 lit. e <u>Kantonales Gesundheitsgesetz (GG)</u>: Die Bewilligung wird einer Krankenanstalt und –institution (z.B. Pflegeheim für Betagte) erteilt, wenn dieses unter anderem über geeignete Räumlichkeiten verfügt, die den hygienischen Anforderungen genügen und die Sicherheit der Patienten gewährleisten. Die <u>kantonale Verordnung über die Betriebsbewilligungen für Krankenanstalten und –institutionen</u> regelt die Details der Bewilligungserteilung und verlangt unter anderem Gebäudepläne mit einer näheren Beschreibung. <u>Richtlinien des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur des Kantons VS über die Betriebsbewilligung für Pflegeheime vom Dezember 2017 (Stand Oktober 2019)</u> <u>Rahmenbedingungen Kanton VS (Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur) für die Räumlichkeiten in Pflegeheimen vom Oktober 2014</u> 	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.
Kitas, Kindergärten und Schulen	<p>Sichere Gebäude für Volksschulen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Art. 113 <u>Kantonales Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen (GUW)</u>: <ul style="list-style-type: none"> 1 Der Staatsrat setzt in einem Reglement die Anforderungen fest, die Schulanlagen erfüllen müssen, um den Vorschriften über die Gesundheitspflege und den Bedürfnissen der Schule zu genügen. Es sieht die Massnahmen vor, die von Gemeinden und Staat zu treffen sind, um zu verhindern, dass öffentliche Betriebe in die Nähe des Schulhauses zu stehen kommen oder dass dieses seinem Zwecke entfremdet wird. 2 Das Reglement sieht im weitem die Massnahmen vor, welche die Gemeinden anzuordnen haben für den Unterhalt der Gebäude, Lokale, Spiel- und Turnplätze und des Schulmaterials. Die sich daraus ergebenden Kosten sowie die Auslagen für Beleuchtung und Heizung gehen zu Lasten der Gemeinden. 	Verschiedene Normen (generell) – vgl. z.B. Art. 20 und 21 des kantonalen Reglements	Empfehlungen von Fachorganisationen können für Norm-Lücken relevant werden.

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2020)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Kitas, Kindergärten und Schulen	<p>3 Das Departement versichert sich durch regelmässige Kontrollen, dass diesen Verpflichtungen genau nachgelebt wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Kantonales Reglement zur Festlegung der Weisungen und Richtlinien über Schulhausbauten</u> <p>Sichere Gebäude für Kitas:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 15 Abs. 1 lit. d <u>Eidgenössische Pflegekinderverordnung</u>: Die (Betriebs-) Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Einrichtungen den anerkannten Anforderungen der Wohnhygiene und des Brandschutzes entsprechen. • <u>Weisungen des kantonalen Departements für Erziehung, Kultur und Sport für die Tagesplatzierung von Kindern von der Geburt bis zum Ende der Primarschule (1.1.2018)</u> 		
Hochbauten mit Arbeitsplätzen	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Verordnung 3 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u>: <ul style="list-style-type: none"> • Art. 14 Bodenbeläge • Art. 15 Beleuchtung • <u>Verordnung 4 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 9 Treppen • Art. 12 Geländer und Brüstungen • <u>Wegleitung SECO zu dieser Verordnung</u> 	<p>Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Die SECO-Wegleitung jedoch nimmt generell Bezug auf verschiedene Normen, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die SN/EN 12464-1 für die Beleuchtung • die DIN 51130 und DIN 51097 für die Bodenbeläge 	<p>Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bzw. von Unklarheiten der Wegleitung relevant werden.</p>

Detailliertere Erläuterungen dazu entnehmen Sie bitte der BFU-Fachdokumentation 2.034 «Rechtliches zur Sturzprävention im Hochbau» (bfu.ch > Bestellen & herunterladen > 2.034).